

# Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Zementen-, Brennereien, Möbeln und verwandten Betrieben  
Publikationsorgan des Verbandes der Zement- und Möbelarbeiter und verwandter Betriebsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark  
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger u. Herausgeber: Dr. Riege, Berlin-Lichtenberg  
Redaktion und Expedition: Berlin, D. 27, Spindlerstraße 6  
Druck: Vorwärts Buchdrucker Paul Singer & Co., Berlin S. 23.03

Abonnementpreis:  
Geschäftsanzeigen richten die geschätzte Abonnentenliste auf 48 Preisscheine  
Schnell für Inserate: Kontingenz bis 3 Mrz.

## Was not tut.

(Erste Seite eines Feldgrauen.)

Nachdem jetzt nach merklichem Ermeessen der Weltkrieg sich seinem Ende nähert, lohnt es sich wohl, wenn wir uns einmal mit der Frage beschäftigen, welches Gesicht wird nach Friedensschluß der Arbeitsmarkt erhalten und welches. Was erwartet die industriellen Arbeiter? Was ist aus den Gewerkschaften geworden und was ist von ihnen zu erwarten nach Friedensschluß? Welche Mittel sind anzuwenden, um den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft möglichst abzufürzen resp. deren Härten dem Arbeitern möglichst wenig, ohne große Schwächung ihrer persönlichen und finanziellen Verhältnisse fühlbar zu machen? Die Geschichte des verlorenen Jahrhunderts und vor allen Dingen die Geschichte der vergangenen 25 Jahre geben deutl. der Lüge will. Fingerzeige, wie der Mensch, dessen ganzes Vermögen seine Arbeitskraft ist, seine Interessen am besten wahren kann.

Es ist unmöglich, zum Vergleich die Zeit nach dem Kriege 1870/71 heranzuziehen. Denn wenn damals auch das Wirtschaftsleben ein anderes Gesicht bekam, so konnte man doch damals nicht von einer Stützung der Zufuhr von Rohstoffen, auf die Deutschland angewiesen ist, in jolchem Maße reden, wie heute, wo uns, abgesehen von verhältnismäßig kleinen Ausnahmen durch das neutrale Ausland, der Weltmarkt verschlossen ist. Diese Stützung wird auch in der ersten Zeit noch Friedensschluß noch anhalten müssen, weil alle Länder, die für die spätere Einfuhr in Betracht kommen, durch die Größe des gegenwärtigen Weltkonflikts in Mitteldienst gesogen sind. Es ist also ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß sofort eine große industrielle Tätigkeit einzusetzen werde. Die Warenzeugung kann erst nach und nach mit der gesteigerten Einfuhr und mit der gesteigerten Förderung von Rohstoffen, vor allen Dingen Kohlen und Erzen, eine intensivere werden. Dessen ungeachtet können wir schon heute voraus sagen, daß sich die Gütererzeugung in aufsteigender Linie bewegen wird. Durch den Krieg hat eine Revolution in der Erzeugung Platz gegriffen. Die Herstellungsbedingungen, die Rohstoffverteilung, die Ausbente sind andere geworden.

Als der Krieg ausgebrochen war, herrschte größtenteils eine Scrofflosigkeit, die alle Dinge des täglichen Lebens gegen die hereingebrochene Kriegsstürze klein erscheinen ließ. Was Wunder, daß auch den Gewerkschaften der Boden unter den Füßen heiß wurde. Und es hat wohl damals manchen Wanfelmütigen gegeben, der geglaubt hat, daß in den dadurch bedingten Wirtschaftszustand für ideale Vereinsbestrebungen kein Raum mehr sei. Es kam aber anders. Die Regierung sah sich genötigt, bei verschiedenen Maßnahmen die Hilfe der Gewerkschaften in Anspruch zu nehmen. Man braucht nur zu erinnern an die Organisierung der Arbeitsvermittlung durch die Gewerkschaften, auf welchem Gebiet deren Verdienste unbestritten sind. Auch bei der Nationierung der Lebensmittel ist es nur der tatkräftigen Mitarbeit der Gewerkschaften zu verdanken, daß es nicht zu bedecklichen Situationen kam. Auswüche nach dieser Richtung konnten auch die Gewerkschaften nicht immer verhindern, weil es ihnen an der nötigen Rückenstärkung seitens der Behörden mangelte. Geloten aber wären die Arbeiter, wenn sie erworbenen Rechte nicht festhielten und ausnutzen, wenn sie ferner, wie vor dem Kriege, ihre Kraft mit inneren Zwistigkeiten und gegenwärtiger Selbstzersetzung verzettelten, statt ihren Blick nur auf das eine gemeinsam erstrebenswerte Ziel zu richten, den Weg zu bestreiten, den die Verhältnisse ihnen vorzeichneten, die Gewerkschaften zu dem zu machen, was sie noch mehr sein könnten, nämlich ein Machtfaktor im Wirtschaftsleben. Die Einigung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen kann letzten Endes den Arbeitern selbst zugute. Die gewonnte Stärke müßte den Tabakfabrikanten die Überzeugung beibringen.

Manch einer der Zurückgebliebenen wird sich schon mal die Frage vorgelegt haben, was nach Friedensschluß mit denen geschehen wird, die die Stelle der Leute vertreten haben, die jetzt in Feindesland ihr Leben aufs Spiel legen. Werden sie denen wieder

weichen müssen? Diese Frage scheint müßig. Gana abgesehen davon, daß die Ausgezogenen — leider — nicht in voller Anzahl wiedergekehrt werden, werden auch die Arbeitgeber sich anderen Arbeitsbedingungen anpassen müssen. Greifen wir nur als Beispiel heraus die überlange Arbeitszeit. Es wird selbst in Arbeitgeberkreisen und von hervorragenden Nationalökonomien anerkannt, daß die bisherige Dauer der Arbeitszeit in Zukunft nicht mehr haltbar sei. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Raum für alle Arbeiter in den Betrieben steht wird, wenn die jetzt dort Beschäftigten ihre Zeit verstehen.

Die Annahme, daß nach dem Kriege Zeiten größter Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrschen könnten, hat keine Berechtigung. Die Arbeitgeber haben es verstanden, ihre Organisationen auszubauen, Kartells und Kartelle zu bilden. Institutionen, die ja in den Zeiten des sogenannten Burgfriedens sich nicht ausgeprobtenermaßen gegen die Arbeiter richteten. Ihr späterer Zweck, die Niederhaltung der berechtigten Arbeitervürinde, wird erst nach dem Kriege in vollem Maße in die Erscheinung treten. So wie der jetzt in den Betrieben Beschäftigten wird es, dann sein, Schüler an Schüler mit den Zurückkehrenden den gerechten, den verteuerten Lebensverhältnissen angepaßten Arbeitervürinde Geltung zu verschaffen. Das kann nur geschehen, wenn schon jetzt die Unorganisierten in den Betrieben sich den bestehenden Gewerkschaften anschließen, damit die Zurückkehrenden eine reiherfüllte Organisation vorfinden. Sie haben die Pflicht, die Fasern der Gewerkschaften zu stärken, damit sofort und ohne Schäume mit dem nötigen Nachdruck die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen werden kann. Die Gewerkschafter in den Schülengräben haben den Tag eingebüßt 1914 ein großes Erbe hinterlassen. Wir können es verlangen, daß wir beim Wiederkommen nicht wegen Mangel an Mitteln zu Grenze treten müssen. Die Selbstprüfung aller Tag eingebüßten sollte Platz greifen, ob sie sich würdig gezeigt haben ihrer Brüder im Schülengraben und sie bei deren Heimkehr ihnen ohne Ercken ins Auge sehen können. Die Heimkehrenden werden später bei allen Versuchen ihrer Kameraden, ihre Interessen zu vertreten, nicht stehen. Nichts bestes wollen wir uns wünschen, als daß uns die Kunde kommt von daheim, alle haben den Weg zu uns gefunden, wenn ihr heimkehrt, findet ihr eine feierliche Legende vor, eure Arbeit von früher war nicht vergebens, ihr braucht nicht von vorne anzufangen. Laßt uns diese Gemüthe zukommen und auch ist geholfen und uns ist eine grausame Enttäuschung erwartet geblieben. Fest während der Kriegszeit ist der Unternehmer gezwungen, wegen Mangel an Arbeitskräften solche zu nehmen, wo und wie er sie bekommt. Das ändert sich, wenn normale Zeiten wiedergekehrt. Es soll doch keiner glauben, daß er dann auf Lohnarbeit zu rechnen hätte. Der Unternehmer wird dann Lasse halten wollen und die ihm nicht genehmten Arbeitskräfte abzuschließen suchen. Dann wird es bei dem Eigenbrödler nicht rächen, daß er nicht vorher den Weg gegangen ist, den dann zu spät die bittere Rottendigkeit ihm zeigen wird, zur Organisation. Keiner sollte nur dem Augenblick leben und denken, ihm gebe es gut auch ohne Organisation, laßt die Heimkehrenden sehen, wie sie fertig werden. Seid ihr euch eurer Aufgabe voll bewußt, sorgt ihr dafür, daß diese Mahnung nicht ungehört verhallt, so müßt ihr dadurch eindruckt und sorgt vor allen Dingen dafür, daß nach normalen Verhältnissen wiedergekehrt.

Bittorf

## Bekämpfung des Nahrungsmittel- schwindels.

Zu vergangenen Jahren wurde, wie die Verbrauchsstatistik im "Kriege" schreibt, im Kriegsernährungsamt erwogen, ob man dem Drange auf Errichtung einer Prüfungsstelle endlich nachgehen und so den im Laufe des Krieges zu einem untrüglichen Uebel herangewachsenen Erbsatzmittelzug an der Wurzel bekämpfen und mit Stumpf und Stiel zusetzen sollte. In den süddeutschen

Staaten, denen etwas später auch Städtchen folgte, und einigen Städten, z. B. Altenburg, Bremen, Kassel, Köln, Frankfurt a. M., war man weniger bedrückt und wartete das Resultat der Erprobungen nicht ab, sondern griff beherzt zu und führte den Geschäftszwang für alle Erbsatzmittel ein. Dieses gute Beispiel hat leider dem Kriegsernährungsamt einen neuen Vorwand zur Verzögerung der von allen Seiten dringend gewünschten Regelung: Man glaubte nun wieder die Erfahrungen und Erfolge der verschiedensten Prüfungsstellen abwarten zu müssen und begnügte sich mit der Errichtung einer statistischen Abteilung, in der in gewissenhafter Weise alle antiken Untersuchungen der Erbsatzmittel gesammelt, aber beileibe nicht den Verbrauchern mitgeteilt werden. Erfahrungen und Erfolge der zum Teil seit Anfang 1916 bestehenden Erbsatzmittelprüfungsämter liegen nun in hinreichender Zahl vor, so daß es an der Zeit wäre, in neue Erprobungen einzutreten, die mir zu dem Resultat führen dürfen, daß von Reichs wegen und damit auch für Preußen der Prüfungszwang für alle Erbsatzmittel eingeführt wird, denn alle Erfahrungen der verschiedenen Untersuchungsämter sind gut. Ihre Arbeit erleidet nur eine ganz überflüssige Belastung dadurch, daß aus Preußen, wo man keine Schranken gegen gewissermaßen Erbsatzmittelfabrikanten errichtet hat, immer wieder mehr oder minder untaugliche Präparate eingeschickt werden, während im eigenen Lande schon das Beleben des Prüfungszwanges zur Ausmerzung mancher überflüssigen "Nahrungsmittelindustrie" geführt hat.

Reben der Errichtung der statistischen Abteilung hat das Kriegsernährungsamt zur Bekämpfung des Erbsatzmittelzuges noch an die Kaufleute die Mahnung gerichtet, sich selber vor minderwertigen Fabrikaten zu schützen. Bei der heutigen Verantwortlichkeit, wo der Markt für jede Ware, gleichviel von welcher Güte, aufnahmefähig ist, kann solche Mahnung unmöglich irgendwelchen Erfolg haben. Woher soll außerdem der Käufer wissen, was gute, was schlechte Erbsatzmittel sind? Er kann es immer nur erfahren durch eigene Erfahrt, denn die Anpreisungen auf den Verpackungen versprechen immer alles mögliche und unmögliche; von ihrer Wahrheit überzeugt man sich nur durch eine Probe im Haushalt, nicht durch das Anrufen im Laden. Die beigegebenen Gutachten besagen über den positiven Wert meist gar nichts und bezeichnen nur mehr oder minder zuverlässig die Unzuverlässigkeit. Und wenn der einzelne Käufer wirklich durch Schaden eingemordet ist und den Einkauf fragwürdigen "Erbsatz" in Zukunft meiden, so hat die Gesamtheit nichts davon, jeder einzelne muß von neuem und auf eigene Kosten aufzugehen, statt daß eine amtliche Stelle die Erfahrungen für alle sammele und sie überhaupt nicht erst der Gesetz aussetzt, betrogen zu werden. Und wenn wirklich alle Einwohner eines Bezirkes, einer Stadt Lebsegeld in Gestalt des Kaufpreises für minderwertige Erbsatzmittel gezahlt haben, so ist vollaufverständlich damit auch nicht viel gewonnen, denn die Ware ist einmal hergestellt, d. h. es ist Rohmaterial für einen untauglichen Zweck vergebener Arbeitseinsatz daran verschwendet und der eigentlich Geschädigte ist neben dem Verbraucher der Kleinbänder, bei dem die minderwertige Ware liegen bleibt, gegen den es ja gewöhnlich auch der Zorn der genannten Kaufleute richtet, während der Hersteller längst seinen Gewinn in Sicherheit hat.

Das Kriegsernährungsamt wendet indessen weiter ein, daß es an genügend geübten Kräften fehle, um die erforderlichen Untersuchungen auszuführen. Ja den angeführten Staaten und Städten scheint man den Mangel an Arbeitskräften nicht ganz so hoch einzuschätzen. Ja, die Sonderpolitik des Kriegsernährungsamts, die zur Gründung vieler statt eines Prüfungsamts geführt hat, verhindert ja eigentlich diejenigen Kräfte, denn heute läßt es sich nicht vermeiden, trotzdem die süddeutschen Staaten und Fäder zu einem Nebeneinkommen über die Interferenz der in einem der Staaten vorgenommenen Untersuchungen gelangt sind, daß zahlreiche Prüfungen dorweit gemacht werden. Dazu kommt noch, daß die Vereine unendlich viel Arbeit zu leisten haben bei der Verfolgung der Fälle, in denen die Erbsatzmittelfabrikanten zur Verber-





